

Die Sozialdemokratie muss konkret werden

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **59 (1980)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-347727>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Profil

Richard Lienhard

Die Sozialdemokratie muss konkret werden

«Die Sozialdemokratie muss konkret werden, oder es wird sie eines Tages konkret nicht mehr geben.» Jochen Steffen

Hans Oprecht, der neben Walther Bringolf bei der Formulierung des geltenden Parteiprogramms massgebend beteiligt war, hat sich mir gegenüber wiederholt darüber beklagt, dass man die programmatische Diskussion oft zu weltfremd, zu theoretisch und zu abstrakt führe. Es komme doch, so führte er aus, wesentlich darauf an, für welches Land, für welche konkrete Landschaft ein sozialdemokratisches Programm geschaffen werde. Abstrakt und undifferenziert einfach den Ruf nach «Sozialismus» zu erheben, zeuge nicht von politischer Weitsicht.

An diese kritischen Worte von Hans Oprecht zu denken, hat man im Vorfeld der Diskussion um das neue Parteiprogramm wahrhaft Grund genug. Unserem einstigen Kampfgefährten ist sicherlich zuzustimmen: Es macht doch einen entscheidenden Unterschied aus, ob ein sozialdemokratisches Programm für ein Entwicklungsland oder für ein europäisches Industrieland geschaffen wird. So kommt es nicht von ungefähr, dass Linksparteien in Entwicklungsländern ihre Programme ähnlich formulieren, wie dies etwa in Deutschland oder Österreich während der zwanziger Jahre der Fall war.

«Studiert nicht mich, sondern die Gesellschaft»

In unserer Schrift wurde schon wiederholt die Auffassung vertreten, dass die Marxsche Beurteilung des kapitalistischen Systems durch die Entwicklung in den modernen Industriestaaten im wesentlichen überholt sei. Dass der Marxismus als ideologisches Fundament einer sozialdemokratischen Partei nicht mehr zeitgemäss sei, mag vielleicht nicht alle Leser überzeugt haben. Es ist aber bezeichnend, dass nie einer auch nur den Versuch unternommen hat, unsere Auffassung zu widerlegen. Dies ändert nichts daran, dass in den Köpfen zahlreicher jüngerer Aktivisten der Hang zu marxistischem Gedankengut lebt. Darum wollen sie auch mehr «Sozialismus» im Parteiprogramm. Dies ist weiter nicht verwunderlich. Noch immer hegt die Jugend das Bedürfnis nach einem geschlossenen Weltbild, das Antwort auf die Frage nach der bestmöglichen Organisation der Gesellschaft gibt. Der Marxismus bietet – soweit er abstrakt gelehrt und nicht konkret praktiziert wird – noch immer eine beeindruckende Weltschau. So

erklärt sich, dass mancher Jugendliche zur SP gestossen ist, ohne dass er je ihr Parteiprogramm innerlich akzeptiert hätte. Er entschloss sich zum Eintritt in die Partei mit dem Willen, zu ihrer «Veränderung» beizutragen. Die Jusos fallen zwar hierzulande zahlenmässig nicht stark ins Gewicht. Dank ihrer Aktivität und mit Hilfe von «allen Kniffen und Listen»¹ gelingt es ihnen indessen immer wieder, Delegiertenmandate und Vorstandssitze zu erobern in einem Ausmass, das ihrer zahlenmässigen Stärke längst nicht mehr entspricht. Verhängnisvoll ist ihre geistige Abhängigkeit von den Jusos der SPD, die bekanntlich für das Ideengut der dogmatischen Linken besonders anfällig sind. Wie die Jusos innerhalb der SPD, organisieren sich auch die Jusos der SPS als linksoppositionelle Gruppe mit abweichenden gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen innerhalb der Gesamtpartei. Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, dass dies eine eindeutig definierte Programmatik erschwert. Die damit verbundenen Nachteile wären jedoch noch in Kauf zu nehmen, wenn unsere Neomarxisten wirklich in der Lage wären, ihre abstrakt formulierten Forderungen zu konkretisieren. Leider ist dies nicht der Fall. Neomarxisten sind alles andere als Parteigänger der Zukunft. Steril werden abstrakte Begriffe und Formulierungen wie «Entfremdung» oder «Widerspruch von Kapital und Arbeit» liebevoll konserviert, statt solche Begriffe konkret an der Gegenwart zu messen. Die Uhren der Neomarxisten sind um ein Jahrhundert zu spät eingestellt. Sie haben immer noch nicht zur Kenntnis genommen, was der grosse österreichische Sozialist *Renner* einst den Austromarxisten zu bedenken gab: Wenn Marx wiederkäme, er würde uns ermahnen, wir sollten nicht ihn, sondern die Gesellschaft studieren. So erklärt sich auch, weshalb jene, die über Karl Marx' «Kapital» Bescheid wissen, in der Regel keine Ahnung haben von den simpelsten wirtschaftlichen Zusammenhängen unserer gegenwärtigen Wirtschaft.

Wenn zwei gegensätzliche Gesellschaftstheorien, zwei widersprüchliche Grundrichtungen und Wertmassstäbe in derselben Partei wirksam werden, muss dies dort mit der Zeit zu einer unheilvollen Zerreissprobe führen. In der SPD konnte sie wiederholt nur mit Mühe und dank günstiger Umstände (zum Beispiel Persönlichkeit von Bundeskanzler Schmidt und die Herausforderung des Kanzlerkandidaten Strauss) vermieden werden. Immerhin sah sich der bekannte Sozialdemokrat Professor Ortlieb (Hamburg) genötigt, dem Bundesvorstand der SPD zu bedenken zu geben: «Sollte der Bundesvorstand der SPD tatsächlich noch glauben, er könne die schon lange unüberbrückbaren innerparteilichen Gegensätze überwinden, so ist dies ein Zeichen unverzeihlicher politischer Naivität.»² Solche Worte verdienen, auch hierzulande gehört zu werden. Nur dass uns hier noch einige Ortliebs fehlen.

¹ Georg Kronawitter: «Mit allen Kniffen und Listen» (Verlag Fritz Molden).

² Heinz-Dietrich Ortlieb: «Klassengesellschaft neuer Art?»

Linke Kindereien

Bekanntlich hat sich der Marxismus in verschiedene Richtungen gespalten. Drei davon sind in der Gegenwart von besonderer Bedeutung: Wir denken zuerst an die *liberale* Richtung, die eine der ideologischen Wurzeln des demokratischen Sozialismus darstellt. Es folgt die *autoritär-totalitäre* Richtung als Grundlage des Kommunismus. Und schliesslich ist nicht zu vergessen: die *anarchistisch* orientierte Richtung, die für den Neomarxismus bestimmend geworden ist.³

Die anarchistische Richtung hat nun mehr als zuträglich bei zahlreichen jüngeren Parteigängern der Sozialdemokratie Eingang gefunden. Es erklärt sich dies wohl weitgehend aus der Enttäuschung über die Entwicklung des «Sozialismus» in kommunistisch regierten Staaten. Allzu viele sehnen sich zurück zu *Pierre-Joseph Proudhon*. Der Präsident der schweizerischen Jusos, *Andreas Gross*, bekennt sich denn auch bald mehr, bald weniger offen zu dem ideologischen Band zwischen Sozialisten und Anarchisten. Der Einfluss dieser Richtung wurde anlässlich der jüngsten Jugendunruhen in Zürich besonders deutlich. So erklärten sich die schweizerischen Jusos spontan solidarisch mit der von der randalierenden Jugend lancierten «Propaganda der Tat» (wie sie den Anarchisten von jeher so sehr am Herzen lag). Auch die GL der SP Zürich fühlte sich von dieser «Bewegung» angesprochen. Gewiss ist es anerkennenswert, dass Vertreter der SP versuchten, als Vermittler zugunsten einer Randgruppe unserer Gesellschaft zu intervenieren, um dort zu vermitteln. Dies hätte jedoch mit mehr kritischem Sinn geschehen müssen. Jedenfalls hat die recht unglückliche jugendliche Herausforderung bei den Parteigremien keine sozialdemokratische Antwort gefunden. Es ist ja unbestritten, dass man hinter diesen Jugendkrawallen vergeblich nach einem politischen Anliegen suchte: im Gegensatz zum Jahre 1968, wo junge Bürgersöhne den Aufstand wagten und sich dabei immerhin auf konkrete Parolen an den Wänden des Pariser Quartier Latin berufen konnten (zum Beispiel «l'imagination au pouvoir»). Nur Leute, denen anarchistisch-revolutionäre Unruhe mehr am Herzen liegt als unser Parteiprogramm, konnten sich gegenüber der Herausforderung von randalierenden Jugendlichen politisch derart auf die Äste hinauswagen. Es ist denn auch bezeichnend, dass diese Geschäftsleitung, der offensichtlich jede Führungsqualität abgeht, sich in ihren posenhaften Erklärungen immer wieder abstrakt auf den Begriff «Freiraum» berief. Ist das alles, was ein Sozialdemokrat zu einer solchen Situation zu sagen hat? Unser Parteiprogramm bekennt sich zu einer Ordnung, die durch *Freiheit*, *Gerechtigkeit* und *Solidarität* bestimmt ist. Es sollte doch einen Sozialdemokraten erstaunen, dass jemand «Freiraum» beanspruchen kann, ohne die Freiräume seiner Mitmenschen zu berücksichtigen. Es gehört zum sozialdemokratischen ABC: Ohne Solidarität gegenüber

³ Vgl. *Hans Reithofer*: «Die ausgleichende Gesellschaft» (Europaverlag).

der Mitwelt gibt es keine echte Freiheit. Darum besagt das Wort «Freiraum» zunächst überhaupt nichts, sondern müsste vorerst konkretisiert werden. Auf der Höhe ihrer Aufgabe zeigte sich dagegen die sozialdemokratische Vertretung im Stadtrat, indem sie sich unmissverständlich zu den Regeln eines sozialen Rechtsstaates bekannte. Es entspricht dies einer der Grundforderungen unseres Parteiprogramms. Zum Rechtsstaat gibt es keine Alternative. Oder wollen wir denn zurück zum Fuchs im Hühnerstall, zu einer Ordnung (beziehungsweise Unordnung), in welcher der Stärkere über den Schwächeren triumphieren kann? Gewiss ist diese Rechtsordnung immer wieder revisionsbedürftig; deshalb fordern wir ja mit Nachdruck zum Beispiel ein neues Bodenrecht oder ein neues Mietrecht. Mit solchen konkreten Forderungen steht man aber dem Puls unseres Volkes näher als mit dem ganzen abstrakten anarchistisch-neomarxistischen Phrasenschwall, der kollektiver Selbstbefriedigung gleichkommt.

Geradezu kindisch ist daher die anarchistisch gesteuerte antiautoritäre Haltung, wie sie eine grosse Zahl von SPZ-Delegierten zur Schau trug und wie sie bei unqualifizierten Angriffen gegen einzelne Mitglieder des Stadtrates zum Ausdruck kam. Wer nämlich glaubt, man könne gegenüber randalierenden Jugendlichen auf Autorität oder – wenn nötig – auf physischen Zwang verzichten, begibt sich auf ein gefährliches Glatteis. Wenn nämlich Jugendliche ungestraft Fenster einschlagen können oder den öffentlichen Verkehr behindern dürfen, warum soll es dann einem Unternehmer nicht gestattet sein, Arbeiterschutzgesetze zu verletzen? Warum soll es dann einem Vermieter nicht erlaubt sein, sich gegenüber dem Mieter rechtsmissbräuchlich zu verhalten? Wer mithilft, die Autorität des Gesetzes zu untergraben – und damit die Autorität der Menschen, die das Gesetz anwenden müssen –, schwächt das wichtigste Instrumentarium des Sozialstaates. Auch eine Sozialreform wäre ohne staatliche Autorität gar nicht durchsetzbar.

Was sich da die GL, der Parteivorstand und ein Teil der Parteidelegierten im Zusammenhang mit den Jugendkrawallen leisteten, kann nur noch mit dem Ausdruck «Linke Kindereien» (Lenin) umschrieben werden.⁴

Für eine Stunde Gerechtigkeit

Es gibt ein bedeutendes Wort aus dem Volksmund: «Eine Stunde Gerechtigkeit ist mehr als hundert Jahre Gebet.» Diese Volksweisheit hat auch – und gerade – auf politischer Ebene zu gelten. Was wir heute brauchen, sind nicht abstrakte Parolen und Modelle, die sich an den Lebensbedingungen des vergangenen Jahrhunderts orientieren und lange genug beschworen wurden. Was wir brauchen, sind reale Reformen. Und realisier-

⁴ «Die Linken», schrieb *Lenin* 1918, «Über linke Kindereien», «verstehen nichts vom Stärkeverhältnis. Sie fuchteln mit dem Pappschwert und glauben, das sei revolutionäre Dynamik.»

bare Forderungen werden die Zustimmung unserer Mitmenschen finden, wenn wir sie davon überzeugen können, dass ihnen damit konkret geholfen werden kann. Ob die Konzepte dann als «systemverändernd» oder «systemüberwindend» bezeichnet werden, interessiert unsere Bevölkerung herzlich wenig. Mit einer solchen Politik erreichen wir Sozialdemokraten mehr, als wenn wir uns nach einer mit Absolutheitsanspruch auftretenden Philosophie des vergangenen Jahrhunderts orientieren. Diese Reformpolitik bleibt schliesslich auch nicht ohne Einfluss auf die Qualität unserer Ordnung. Auf diese Weise können wir eine Antwort geben auf die dogmatische Zwangsvorstellung, es gebe neben der marxistischen Ideologie keine gesellschaftsverändernde Kraft. Mit dieser Politik ergibt sich auch eine Konkretisierung unseres Parteiprogramms. Jeder Reformvorschlag muss sich nämlich auf die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität abstützen. Daran sind auch die Vorstösse des politischen Gegners zu messen. In dieser Hinsicht haben wir die Möglichkeiten unseres Parteiprogramms noch längst nicht ausgeschöpft. Wir stehen damit vielmehr erst am Anfang.

Mit *Heinz Hintermann*⁵ gehe ich einig, dass eine Diskussion um ein neues Parteiprogramm die Gelegenheit bringt, sich einmal mehr mit Grundsatzfragen sozialdemokratischer Politik zu befassen. Aber bei der Begründung, weshalb es eines neuen Programms bedürfe, vermag ich unserem Mitarbeiter nicht zu folgen. Das Wirtschaftswachstum, so führt er aus, habe die soziale Frage nicht lösen können, die Lebensqualität sei gesunken, und die Atomtechnik bedrohe die Menschheit. Diese Punkte zum Gegenstand eines SPS-Programms machen zu wollen und darin gar noch ein Kriterium für ein neues Parteiprogramm zu sehen, erachte ich als völlig verfehlt. Es handelt sich hier, mit Verlaub gesagt, um Punkte, die für ein *konservatives* Parteiprogramm geradezu prädestiniert sind.

Wirtschaftswachstum zu verdammen gehört vor allem ins Wunschdenken der hartgesottensten Konservativen, auf deren Boden bekanntlich die Maschinenstürmermentalität zu wachsen pflegt. Dagegen sind die Wirtschaftssachverständigen der Sozialistischen Internationale nach wie vor Befürworter eines Wirtschaftswachstums, wenn auch nicht aus dogmatischen Überlegungen und damit auch nicht in jedem Fall und um jeden Preis. Wo ein solches Wachstum förderlich oder schädlich ist, lässt sich nämlich nur von Fall zu Fall entscheiden. Grundsätzlicher Verzicht auf jedes Wirtschaftswachstum hätte indessen für die Arbeitnehmer (wenn auch nicht unbedingt für Lehrer) katastrophale Folgen. Es ist undenkbar, dass Gewerkschafter einem solchen Programmpunkt zustimmen könnten. Was sodann die «Lebensqualität» betrifft, so ist sie gewiss keine sozialdemokratische Erfindung. Man denke nur an die Blut-und-Boden-Ideologie, welche in bezug auf den Begriff Lebensqualität das Erstgeburtsrecht geltend

⁵ Vgl. «Profil» 7/8/1980, S. 224.

macht. In Österreich haben die konservativen Kreise längst die «Lebensqualität» auf ihre Fahnen geschrieben. Sie führen damit den Kampf gegen berechnete Anliegen der Arbeiterschaft. Als kürzlich die SPÖ Wien für den Bau eines Kindergartens eintrat, führten die Konservativen dagegen einen perfiden Kampf unter dem Motto: «Rettet die Bäume!» Längst ist «Lebensqualität» zum Schlagwort geworden, und jedermann ist versucht, damit sein eigenes Süppchen aufzuwärmen. Dabei erwartet er selbstverständlich, dass zunächst einmal «der andere» seinen Beitrag zur «Lebensqualität» liefert. Wer ist denn bereit, auf sein Auto oder – etwa in einer Parteiversammlung – auf den Genuss des Rauchens zu verzichten?

Die Parolen gegen Atomkraftwerke fließen so lange mühelos aus der Feder, als unsere Energieversorgung noch nicht in einen Engpass geraten ist. Auch die Forderung «Stoppt den Atomstrom» trägt kein sozialdemokratisches Markenzeichen. Sowohl in Österreich wie auch in Schweden waren es die konservativen Parteien, die sich im Kampf gegen die Atomkraftwerke stark machten: in beiden Fällen gegen sozialdemokratische Regierungen. In den kommunistischen Ländern schreitet der Bau von Atomkraftwerken munter weiter. Wer sich der hierzulande geführten Auseinandersetzung um die Atominitiative erinnert, sollte wissen, dass die radikalsten Argumente für die Initiative aus der konservativen Inner-schweiz stammten. Dass bei der Ablehnung des Atomstromes starke irrationale Kräfte (Furcht vor der Technik, Angst vor der Zukunft, Hang zur Nostalgie) mitwirken, ist unbestritten. Irrationale Kräfte aber waren immer Ausdruck konservativer Lebenshaltung.

Demgegenüber bekannten sich Sozialdemokraten – die diesen Namen verdienen – von jeher stets zu einem *kritischen Rationalismus*. Das war denn auch stets die Stärke der Sozialdemokratie.⁶ Wer von uns plädiert denn für ein Atomkraftwerk, auf das man notfalls auch verzichten könnte? Aber wir können es auch nicht verantworten, dogmatisch den Atomstrom zu bekämpfen, solange auf andere Weise in unserem Land – das über keinerlei Bodenschätze verfügt und nur von der Arbeit lebt – die zukünftige Energieversorgung nicht sichergestellt ist. Wenn wir glauben, auf das Rationale verzichten zu können, wenn wir uns ebenfalls in den Irrationalismus flüchten, geht dies an das Fundament der Sozialdemokratie. Konservative Politik zu treiben verstehen die Konservativen besser als wir, so wie die extreme Linke mit dem Soziologenlatein des Neomarxismus besser zu Rande kommt. Ohne klare und konkrete Abgrenzung gegenüber Konservatismus und Kommunismus müsste die Sozialdemokratie aufhören, Bollwerk zwischen den genannten politischen Kräften zu sein. Deshalb: Der demokratische Sozialismus muss konkreter werden, damit die Sozialdemokratie leben kann.

⁶ Vgl. *Karl R. Popper*: «Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie.»